



CDU-Ratsfraktion Erkrath  
Wolfgang Jöbges  
Amselweg 6  
40699 Erkrath  
Tel.: 0211 244256  
Mail: info@joebges.de  
21.03.2017

**Haushaltsrede 2017**  
**CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges**  
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schultz,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Im letzten Jahr hat sich die Welt maßgeblich verändert.

Wer hätte sich noch vor zehn Jahren vorstellen können, dass Großbritannien aus der EU austritt, dass in Amerika ein Wirtschaftsmilliardär Präsident wird, und dass in Deutschland Tote und Verletzte wegen Terroranschlägen zu beklagen sind?

Die Finanzkrise in Griechenland haben wir vor einigen Jahren noch auf die leichte Schulter genommen, es betraf erstens nur Geld, und zweitens waren uns die griechischen Freunde wegen ihres Steuer- und Finanzwesens immer ein bisschen suspekt.

Dass England, welches trotz einiger Sonderkonditionen ein stabilisierender Faktor innerhalb der EU war, sich zum Austritt entschieden hat, verstört uns.

Vielleicht mich umso mehr, da ich in den letzten Jahrzehnten öfters die Gelegenheit hatte, die britische politische Kultur anlässlich der Besuche in unserer Partnerstadt West-Lancashire kennen zu lernen.

Wir alle hatten das Gefühl, dass nach den Schrecken der Weltkriege innerhalb Europas eine echte Freundschaft gewachsen ist. Mich macht es betroffen, dass nicht nur aus finanziellen Gründen die Partnerschaft von West-Lancashire nicht mehr aufrechterhalten werden kann, sondern auch das ganze Land sich von Europa abwendet.

Meine Damen und Herren, warum erzähle ich Ihnen das alles? Wir sind hier in Erkrath und nicht in England. Wenn man aber sieht, wie auch in Amerika Populisten mit unhaltbaren Versprechungen im Wahlkampf die Oberhand gewinnen konnten, fällt der Zirkelschluss mit Deutschland nicht schwer. Parteien, die nicht sagen, wofür sie stehen, wie sie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen wollen, sondern nur ein Feindbild aufbauen und populistische Parolen dreschen, finden in Europa und auch in Deutschland immer mehr Gehör und kandidieren 2017 bei den Landtagswahlen und der Bundestagswahl. Ein mahnendes Beispiel ist auch Frankreich, wo eine rechtsnationale Partei die etablierten Parteien der Sozialisten und Republikaner so vorführt, dass bei der Wahl zum Präsidenten offensichtlich Außenseiter staatstragende Funktion übernehmen werden.

Auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen machen sich immer mehr politische Kräfte bereit, welche intern total zerstritten sind und sich nur auf eine Infragestellung der bisherigen Werte konzentrieren.

Ich beschäftige mich über 30 Jahre mit der Kommunalpolitik in Erkrath. Ich bin der festen Überzeugung, dass die finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderungen in den letzten Jahren immer mehr zugenommen haben. Die finanzielle Situation der Stadt Erkrath stellt sich kritischer denn je zuvor dar. Das Schiff geht unter.

Es besteht wirklicher Grund zur Sorge.

Die finanzielle Situation der Stadt Erkrath hat sich im Vergleich zu 2016 erneut verschlechtert. Obwohl wir uns in einer Zeit der Hochkonjunktur befinden, partizipieren wir hier in Erkrath nicht durch steigende Steuereinnahmen vom Wirtschaftswachstum. Die Gewerbesteuer betrug 2013 rund 23 Mio. € und hat sich nunmehr auf rund 28 Millionen eingependelt. Dies sind Werte, die wir vor der großen Finanzkrise bereits erreicht hatten.

Verbesserungen bei den Grundsteuereinnahmen lassen sich nur erreichen, wenn vor Ort Steuererhöhungen beschlossen werden, und den Mietern und Eigentümern das Geld aus der Tasche gezogen wird. Zuwächse an Grundsteuer aus Erträgen von Neubaugebieten lassen sich in Erkrath nicht verzeichnen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist von 2013 in Höhe von 22 Millionen auf 25,3 Millionen im Jahr 2017 gestiegen. Hier erkennt man, dass trotz Gleichstandes bei der als Bezugsgröße genutzten Einwohnerzahl erhebliche Zuwächse aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums auf Bundesebene von 3,3 Millionen zu verzeichnen sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Einnahmesituation in Erkrath gegenüber den Vorjahren nicht verbessert hat.

Was jedoch stetig ansteigt, das sind die Ausgaben.

So weist der Vorbericht zum Haushaltsplan allein im Bereich der Personalaufwendungen exorbitante Steigerungen in den letzten 5 Jahren auf. 2013 betragen die Personalkosten 25,32 Mio. €, für 2017 sind Personalkosten in Höhe von 34,26 Mio. € vorgesehen.

Auch die Entwicklung der Kosten für die Sozialleistungen gibt Anlass zur Sorge. Hier ist eine Steigerung von 6 Mio. € im Jahre 2013 auf 10 Mio. € im Jahre 2017 zu verzeichnen.

Nicht zu vergessen ist auch die Kreisumlage. Diese betrug 2014 20,77 Millionen € und liegt nunmehr 2017 bei rund 22,8 Millionen €. Nur 2 Mio. mehr, kein Problem dürfte man meinen.

Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Stadt Monheim, welche früher immer das Schlusslicht im Kreis Mettmann war, nunmehr im Jahr 2017 sage und schreibe 144 Millionen € an Kreisumlage zahlen wird.

Aufgrund vorhandener Gewerbeflächen und einer aggressiven Ansiedlungspolitik verbunden mit einem Gewerbesteuersatz von lediglich 265, generiert die Stadt Monheim jährliche Gewerbesteuereinnahmen von rund 260 Millionen €, somit fast 1000 % mehr als Erkrath. Ohne diesen Sondereffekt bei der Kreisumlage müsste Erkrath ca. 15 Millionen mehr Kreisumlage an den Kreis Mettmann zahlen. Hierfür wären wir nicht in der Lage. Hier würde auch kein Haushaltssicherungskonzept mehr greifen.

Meine Damen und Herren, an diesen Beispielen erkennen Sie die katastrophale finanzielle Lage der Stadt Erkrath.

Hinzu kommt, dass der Stellenplan nunmehr eine Ausweisung von zusätzlichen 64 Stellen aufweist.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf zum Beispiel hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um innerhalb der nächsten Jahre die Stellen um 20 % abzubauen. In Erkrath sollen nunmehr 10 % Stellen neu geschaffen werden, obwohl wir finanziell nicht in der Lage sind, diese Kosten auf Dauer zu tragen. Es gibt sicherlich gute Gründe, neue Stellen in einigen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Kindererziehung und im Feuerwehr- und Rettungswesen auszuweisen. Ein Großteil der neuen Stellen ist jedoch auf Beschlüsse der von SPD, BmU und Grüne zurückzuführen. Ich nenne hier beispielhaft das Projekt Soziale Stadt. Meine Damen und Herren, wir verfügen nicht über die finanziellen Verhältnisse und geben Geld aus, als ob wir im Lotto gewonnen hätten.

Die zusätzliche Ausweisung von 64 Stellen, oder auch wenn jetzt nur 55 beschlossen werden, überschreitet immer noch die finanziellen Kapazitäten der Stadt Erkrath.

Der von der Verwaltung und dem Kämmerer zunächst vorgelegte Haushaltsplanentwurf war schon auf Kante genäht. Durch die Änderungen in den Ausschüssen, welche von SPD, Grüne und BmU beschlossen wurden, wurden viele notwendige Investitionen und Sanierungen von Gebäuden im Haushalt zugunsten des Projektes Soziale Stadt auf die Folgejahre verschoben.

Hier ist eine Ratsmehrheit nahezu hypnotisiert von einem Landesprogramm, wo hohe Zuschüsse für Maßnahmen versprochen werden, welche nicht notwendig sind.

Zudem handelt es sich bei dem Projekt „Soziale Stadt“ wie auch bei dem Projekt „Investitionspakt“ nicht um seriöse Maßnahmen des Landes. Seriös wäre, wenn das Land die Stadt Erkrath kontinuierlich mit auskömmlicheren Mitteln zur Deckung der Pflichtaufgaben ausstatten würde. Sowohl bei den offenen Ganztagschulen als auch bei der Inklusion und nicht zuletzt bei der Flüchtlingsbetreuung lässt man uns alleine und ersetzt die anfallenden Kosten nicht eins zu eins.

Es gibt auch kein neues Gemeindefinanzierungsgesetz, um die Situation der Gemeinden zu verbessern.

Stattdessen werden einzelne Programme ins Leben gerufen, wo Förderungsquoten von bis zu 90 % versprochen werden. Selbstverständlich sind die Personalkosten der Kommune von der Förderung ausgeschlossen. Darüber hinaus denkt keiner an die Folgekosten für Personal- und Sachaufwendungen. Zudem reichen die Landesmittel 2017 nicht zur Förderung aller Projekte der 396 Kommunen in NRW aus, so dass statistisch nicht mehr wie ein Maßnahme in Erkrath gefördert werden kann.

Ferner wird hinter verschlossener Tür im Ministerium angedeutet, wir könnten Maßnahmen in Erkrath wie zum Beispiel den Neubau der Grundschule Sandheide, die Sanierung des Stadtweihers, ein Sozialforum oder auch einen Teil der Feuerwache bezuschusst erhalten. Verbindliche Protokolle oder schriftliche Zusicherungen gibt es hierzu nicht. Die Bewilligungen vom Land NRW würden alle erst nach der Landtags- und Bundestagswahl erfolgen.

Insoweit kann man hier nur von unseriösem Verhalten des Landes sprechen. Hier soll eine Kommune mit losen Versprechungen gelockt werden, ohne dass die Fakten auf dem Tisch liegen.

Trotz mahnender Worte des Bürgermeisters, welcher das Wohl der Gemeinde durch die Beschlüsse zur Sozialen Stadt in Gefahr sah, hält die Ratsmehrheit jedoch an dem Projekt Soziale Stadt fest.

Unsere Meinung hierzu ist:

Wir sind im sozialen Bereich in Erkrath gut aufgestellt und brauchen keinen Vergleich mit anderen Gemeinden zu scheuen. Die Unterbringung der Flüchtlinge und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben im sozialen Bereich erfolgen vorbildlich. In Zeiten, in denen wir nicht über die entsprechenden finanziellen Verhältnisse verfügen, auf Deutsch gesagt „wir sind pleite“, ist es nicht zu verantworten, zusätzliche Optimierungen im sozialen Bereich zu beschließen.

Für uns haben nach wie vor Priorität der zügige Neubau der Feuer- und Rettungswache und des Feuerwehrgerätehauses in Alt-Erkrath, die Sanierung von Schulen und der Neubau des Kindergartens und der Schule Sandheide.

Zur Sicherung des finanziellen Überlebens der Stadt Erkrath ist es unvermeidbar, die Einnahmen zu verbessern. Unsere Vorschläge in der Vergangenheit zur Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete wurden jeweils von der Ratsmehrheit von SPD, BmU und Grüne abgelehnt.

Rühmliche Ausnahme hierbei ist das Gewerbegebiet Neanderhöhe, wo wir zusammen mit der BmU die Beschlüsse zur Ausweisung eines Premium-Gewerbegebietes auf den Weg gebracht haben.

Wenn wir die Liquiditätskredite rückwirkend betrachten, waren im Jahr 2008 nur 300.000 € zu verzeichnen. 2017 liegen wir nunmehr bei 39 Millionen €

Nur wegen der Niedrigzinsphase brechen uns die Zinsen nicht das Genick. Wenn sich hier die Zinsentwicklung ändert, stehen wir vor unkalkulierbaren Risiken.

Der Kämmerer führte in seinem Vorbericht zum Haushalt zum Projekt „Soziale Stadt Sandheide“ aus, dass das Projekt allein zusätzliche Personal- und Sachkosten in Höhe von 650.000 € jährlich bedeuten würde. Er sagte wörtlich: „Die finanzielle Belastung durch das Projekt Soziale Stadt Sandheide ist im Rahmen der Gesamtdeckung über den Haushalt der Stadt Erkrath auszugleichen bzw. wird bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt zu weiter fortschreitendem Kapitalverzehr führen. Speziell für die kommenden Haushalte 2017 und 2018 besteht bei der Umsetzung des Projektes Soziale Stadt Sandheide das Risiko zur verpflichtenden Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 76 Gemeindeordnung NRW.“

Die CDU-Fraktion Erkrath hatte sich bei der Haushaltsverabschiedung vor einem Jahr dafür ausgesprochen, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Bei der Haushaltsverabschiedung im März 2016 war dann im Stadtrat ein Kompromiss gefunden worden, sodass ein Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung gegründet wurde, welcher einschneidende Maßnahmen zur Verringerung der Ausgaben erarbeiten wollte. Die in diesen Arbeitskreis gesetzten Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Auch zurückhaltende Vorschläge der Verwaltung zur Generierung von Mehreinnahmen oder Reduzierung von Ausgaben fanden dort keine Mehrheit. Insoweit kann dieses Konzept nur als gescheitert bezeichnet werden.

Die Konzeptlosigkeit der Ratsmehrheit von SPD, GRÜNEN und BmU wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass die massive Erhöhung der Grundsteuer um 100 %-Punkte mit ca. 1,9 Mio. € Mehreinnahmen im Haushalt bereits „verfrühstückt“ wurde. Dennoch werden wir nach den letzten Zahlen nur knapp die 5% Grenze des Eigenkapitalverzehrs unterschreiten. Wir haben keine Hoffnung, dass der Weg in den Abgrund so gestoppt wird.

Auch die IHK zu Düsseldorf richtet in ihrer diesjährigen Stellungnahme mahnende Worte an den Rat. Ich zitiere:

....“die Haushaltsplanberatungen sollten unter der Zielsetzung der Reduzierung des Aufwandes und der freiwilligen Konsolidierung stehen.“

“Die IHK ist der Ansicht, dass der Rat der Stadt Erkrath den politischen Willen und den Mut aufbringen muss, notwendige Sparpotenziale bei den freiwilligen Aufwendungen zur Beendigung des Eigenkapitalverzehrs in der Stadt zu heben, bevor über Steuererhöhungen oder gar weitere Haushaltsbelastungen nachgedacht werden kann.“

Die Industrie- und Handelskammer stimmt mit dem Gemeindeprüfungsamt überein, dass in Erkrath eine Konsolidierung notwendig ist, und diese vorrangig durch Einsparungen erreicht werden sollte.“

Auch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen hatte in ihrem überörtlichen Prüfbericht aus dem Jahr 2015 schon gewarnt:

“Um den Haushaltsausgleich zu erreichen, muss die Kommune freiwillige Leistungen und Standards, die über das rechtlich notwendige Maß hinausgehen, auf den Prüfstand stellen. Dies bedarf einer kritischen Aufgabenanalyse und Prioritätensetzung. Dies gilt insbesondere für Kommunen wie die Stadt Erkrath, die ihre Ausgleichsrücklage verbraucht haben und in der mittelfristigen Planung keinen ausgeglichenen Haushalt erreichen.“ Ende des Zitates

Offensichtlich ist die jetzige politische Mehrheit aus SPD, Grüne und BmU nicht willens, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der durch die Beschlüsse in den Ausschüssen mit zusätzlichen Ausgaben geprägte jetzt vorliegende Haushaltsplanentwurf findet deshalb nicht unsere Zustimmung. Die CDU-Fraktion wird den Haushalt deshalb ablehnen.

Bleibt mir zum Ende meiner Rede noch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Kämmerer und den Bürgermeister für die im letzten Jahr geleistete Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Erkrath.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Jöbges  
CDU-Fraktionsvorsitzender